



Klimapiraten Tübingen
Garmerstraße 24
72070 Tübingen
☎ 07071 639788
www.klimapiraten.net
medien@klimapiraten.net

Julia Schnurr
Sprecherin Gruppe Tübingen



INTERNATIONALE MENSCHENRECHTSORGANISATION
FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

FIAN Lokalgruppe Tübingen
Fürststraße 19
72072 Tübingen
Tel. 0 70 71/ 566 83 47
Mobil 01 79/ 21 56 936
www.fian.de/tuebingen
fian-tuebingen@web.de

Harald Petermann
Lokalgruppensprecher

Pressemitteilung

Tübingen, 24. November 2010

Menschenrechtsverletzungen für das geplante Kohlekraftwerk Brunsbüttel? Betroffene des Kohleabbaus in Kolumbien berichteten

Zwei Vertreter aus Kolumbien waren am Montag in Tübingen zu Gast, um auf die Auswirkungen des Kohleabbaus in ihrer Heimat hinzuweisen.

Nilson Ramirez, Sprecher der indigenen Gemeinde Tamaquitos, erzählte, dass seine Gemeinde schon seit vielen Jahren auf eine Umsiedlung warte. „Uns ist nur noch der Dorfkern geblieben, wir haben kein Land mehr, wo wir Landwirtschaft betreiben können.“ Von den nur 2 km entfernten Kohleabbauarbeiten der Mine Cerrejón dringe Kohlestaub in die Häuser ein. Viele Menschen leiden an Atemwegserkrankungen, die Vegetation wird vom Kohlestaub zerstört. Ramirez las aus den Statuten des multinationalen Kohleabbau-Unternehmens Cerrejón vor, in denen es sich zu sozialer Verantwortung bekennt. „Von dieser Verantwortung spüren wir nichts“, sagte er.

Alfredo Tovar arbeitet im Schweizer Kohleabbau-Unternehmen Glencore und ist Vorstandsmitglied der Kohlearbeiter-Gewerkschaft Sintramienergetica. Er berichtete von Diskriminierung der gewerkschaftlich Engagierten.

Vom interessierten Publikum nach ihren politischen Forderungen gefragt, antwortete Gewerkschaftsführer Tovar: „Wir verlangen, dass keine Kohlekraftwerke mehr gebaut werden, sodass der Kohleabbau nicht zunimmt.“ Denn dies würde die Ausweitung des Tagebaus, die Erschließung neuer Minen und damit die Vertreibung weiterer Gemeinden von ihrem Grund und Boden und somit Entzug ihrer Lebensgrundlage bedeuten, erklärte Sebastian Rötters, Bergbau-Referent bei FIAN. Parallel dazu müsse sichergestellt werden, dass der jetzige Kohleabbau unter Einhaltung der sozialen Rechte der Arbeiter und der anwohnenden Kleinbauern und indigenen Bevölkerung erfolge. „Unternehmen, die Kohle kaufen, sollen untersuchen, wo sie herkommt und wie sie abgebaut wird“, verlangte Tovar.

Nachmittags waren die kolumbianischen Gäste von Oberbürgermeister Boris Palmer sowie den Stadtwerke-Geschäftsführern Wiebecke und Kötzle im Rathaus empfangen worden. Palmer unterstützte die Forderungen nach mehr Sozialverträglichkeit beim Kohleabbau: „Sollte es dazu kommen, dass wir auch Anteile an einem Kohlekraftwerk halten, werde ich die Stimmen der Stadtwerke Tübingen nutzen, um Beschlüsse zu fassen, dass wir nur saubere Kohle kaufen.“ Eine Antwort, wie die Einhaltung vor Ort überprüft werden soll, blieb er jedoch schuldig. Denn „das, was Unternehmen versprechen und das, was sie tun, sind zwei Paar Schuhe, wie das Beispiel Cerrejón zeigt“, so Bergbau-Experte Rötters. Für den Kohlebezug des SüdWestStrom-Kraftwerks Brunsbüttel wurden laut Geschäftsführerin Bettina Morlok bereits Gespräche mit Cerrejón geführt.

Ob sich die Stadtwerke Tübingen und SüdWestStrom in Zukunft tatsächlich Gedanken über Kohlebeschaffung machen müssen, ist hingegen noch nicht geklärt. Palmer, Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke, sagte: „Ob das Kraftwerk kommt, wissen wir nicht, das ist aus meiner Sicht völlig offen.“ Zahlreiche am SüdWestStrom-Kraftwerk beteiligte Stadtwerke hatten in den letzten Monaten Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Projekts geäußert.

Vergangenes Wochenende hatten die Grünen auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Freiburg beschlossen, den Neubau von Kohlekraftwerken verhindern zu wollen. Explizit wurde im Beschluss als Grund nicht nur der Klimaschutz, sondern auch die Kohleabbauproblematik genannt: „Der Kohleabbau hinterlässt massive Schäden an Umwelt und Natur und vertreibt viele Menschen aus ihrer Heimat“.

Pressekontakt: Für Rückfragen stehen Ihnen zur Verfügung

für Menschenrechtsaspekte: Harald Petermann, FIAN, 0179 2156936

für Klima- und Umweltaspekte: Julia Schnurr, Klimapiraten, 0176 44590802

FIAN, das Food First Informations- und Aktions-Netzwerk, ist eine Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung. FIAN unterstützt insbesondere Kleinbauern, die von ihrem Land vertrieben werden und Menschenrechtsverletzungen u. a. auf Grund von Bergbau erfahren.

Die Klimapiraten sind ein bundesweites Netzwerk engagierter Klima-AktivistInnen, die sich für eine schnelle Energiewende hin zu 100 % erneuerbaren Energien und gegen das Kohlekraftwerk Brunsbüttel einsetzen. Gemeinsam wollen sie einen Beitrag zur Verhinderung des katastrophalen Klimawandels leisten.